



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Mit einer Agenda 2020 ist Vollbeschäftigung möglich!

Thomas Straubhaar

HWWI Policy
Paper 74

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 100 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

straubhaar@hwwi.org

HWWI Policy Paper

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

info@hwwi.org | www.hwwi.org

ISSN 1862-4960

Redaktionsleitung:

Prof. Dr. Thomas Straubhaar (Vorsitz)

Prof. Dr. Michael Bräuninger

Dr. Christina Boll

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | März 2013

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

HWWI Policy Paper Nr. 74

Mit einer Agenda 2020 ist Vollbeschäftigung möglich!

Thomas Straubhaar

Vor zehn Jahren, am 14. März 2003, hat Gerhard Schröder seine inzwischen legendäre Agenda 2010 auf den Weg gebracht. „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen“. Das waren die zentralen Anliegen seiner Reform.

Die Agenda 2010 hat sich für Deutschland als größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform der Nachkriegszeit erwiesen.¹ Vor allem hat sie das Denken der Deutschen verändert. Bis zum Fall der Mauer war die Bundesrepublik ein abgeschottetes Paradies mit einem Lebensstandard, wie er wohl für lange Zeit nicht mehr zu finden sein wird. Es gab die 35-Stunden-Woche, nahezu Vollbeschäftigung und enorm hohe Sozialleistungen.

Als der Eiserner Vorhang fiel, haben andere Staaten gegenüber der Bundesrepublik jedoch sehr schnell aufgeholt. Millionen gut qualifizierter und dennoch billiger Arbeitskräfte haben den Wettbewerbsdruck dramatisch verschärft. Plötzlich bekam Deutschland Beschäftigungsprobleme und die Arbeitslosigkeit stieg – nicht zuletzt auch als Folge der Wiedervereinigung und damit des Falls der Berliner Mauer.

Bundeskanzler Gerhard Schröder war vor 10 Jahren der erste, der offen gesagt hat, dass es mit dem ausufernden Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik in einem wiedervereinten Deutschland im globalen Wettbewerb nicht weitergehen konnte. So gesehen bedeuteten die Hartz-Gesetze das Ende der alten Bundesrepublik. Die Agenda 2010 hat die Forderungsmentalität der Wirtschaftswundergeneration gegenüber dem Sozialstaat umgepflügt. Nun kommt erst die Forderung des Staates an Hilfesuchende, selber aktiv zu werden, bevor es staatliche Unterstützung gibt.²

Sicher, es gibt viele andere Gründe, die zum deutschen Beschäftigungswunder der letzten Dekade beigetragen haben. Dazu gehört ganz sicher die Vernunft autonomer Tarifpartner, auf dem Verhandlungswege statt durch Streiks für beide Seiten akzeptable Vereinbarungen zu finden. Im Weiteren hat das duale System immer schon dafür gesorgt, dass in Deutschland Jugendarbeitslosigkeit kein Thema war. Es ist die Quelle, die Handwerk, verarbeitendem Gewerbe, Gesundheitswesen und vielen anderen Berufsfeldern jene gut, da praxisnahe, ausgebildeten Fachkräfte zuführt, die für den Erfolg der deutschen Wirtschaft unverzichtbar sind.

Aber ebenso sicher fällt der Agenda 2010 eine tragende Rolle dafür zu, dass noch nie mehr Menschen einen Job in Deutschland hatten und dafür, dass noch nie weniger

¹ Bräuninger et al. (2013) evaluieren die verschiedenen Maßnahmen der Agenda 2010 zur Förderung von Arbeitsangebot und –nachfrage sowie zur Verbesserung der Vermittlung, um Friktionen am Arbeitsmarkt zu vermeiden. Sie halten die Hartz-Gesetze als „großen Wurf“, „der den Arbeitsmarkt zur Gänze durchgerüttelt hat“ (S. 16).

² Nicht alle sehen die Folgen der Agenda 2010 gleichermaßen positiv (vgl. dazu die verschiedenen Beiträge auf der laufend aufdatierten Internetplattform „Agenda 2010 – 10 Jahre Arbeitsmarktreformen“ des IAB (2013b), die einen Blick auf die kontroverse wissenschaftliche und politische Diskussion erlaubt und die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten bilanziert.

ohne Arbeit bleiben. Heute ist es realistisch, das Ziel Vollbeschäftigung ins Visier zu nehmen! Noch vor kurzer Zeit wäre für verrückt erklärt worden, wer diese Behauptung gewagt hätte. Aber nun kann das für viele schon zur Utopie gewordene Ziel der Vollbeschäftigung bereits in wenigen Jahren Wirklichkeit werden.³ Die Zahl der Arbeitslosen hat im letzten Jahr die drei Millionen-Grenze unterschritten und liegt in den letzten Monaten saisonbereinigt bei etwa 2,9 Mio. Personen.⁴ Mehr als 41 Millionen Menschen sind beschäftigt - mehr als jemals zuvor im geeinten Deutschland. Und auch das Arbeitsvolumen ist 2012 auf rund 58 Milliarden Stunden leicht gestiegen – obwohl die konjunkturelle Entwicklung verhalten blieb.⁵

Die Beschäftigungsrekorde kommen trotz einer Globalisierung zustande, von der Pessimisten immer befürchtet haben, dass sie zu einer Verlagerung der Jobs in Billiglohnländer führe. Und der Beschäftigungserfolg ist möglich, obwohl der Strukturwandel beschleunigt voranschreitet, der doch viele Skeptiker dazu bewogen hatte, von einem Ende der Arbeit zu reden. Nichts davon ist geschehen. Ausländische Billigarbeiter haben deutsche Facharbeiter nicht verdrängt, sondern ergänzt. Und Maschinen haben den Menschen nicht ersetzt, sondern leistungsfähiger werden lassen. Deutschland geht nicht die Arbeit aus, sondern die qualifizierten Arbeitskräfte. Nicht mehr Arbeitslosigkeit ist das zentrale Thema sondern der Fachkräftemangel.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise verblüffend gut überstanden, vielfach ist vom „deutschen Jobwunder“ die Rede. Aber eigentlich ist es falsch, von einem Wunder zu sprechen. Denn es sind ganz handfeste Gründe, die den deutschen Erfolg verursachen. Dazu gehören die überlegene internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes Deutschland, die seit mehr als einer Dekade geübte Lohnzurückhaltung der Belegschaften und die Langzeitwirkung der Agenda 2010 mit ihrem Konzept des Förderns und Forderns. Und schließlich beginnt sich das demographische Schrumpfen der Bevölkerung bemerkbar zu machen.

Der Rückzug ins BRD-Paradies wird nicht funktionieren

Aber trotz der offensichtlichen Erfolge der Agenda 2010 verlangen im Bundestagswahlkampf 2013 viele Parteien, das Rad zurückzudrehen. Sie wollen die Wohlfühlrepublik der alten BRD wieder aufleben lassen. Mindestlöhne für alle, Rente mit 65 oder früher, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ein „Recht auf Feierabend“ sind nur ein paar der vielen Forderungen. Der Rückzug ins BRD-Paradies wird nicht funktionieren, weil sich die Welt in den letzten 25 Jahren dramatisch verändert hat. Die Globalisierung beschleunigte den Strukturwandel, was raschere

³ Vgl. Straubhaar/Bräuninger (2011).

⁴ Vgl. HWWI (2013).

⁵ Vgl. IAB (2013a).

Anpassungen erforderlich macht. Deshalb wäre es klüger, mit einer in die Zukunft gerichteten Agenda 2020 die Hartz-Gesetze weiter zu entwickeln und so dafür zu sorgen, dass die positive Dynamik Richtung Vollbeschäftigung in Deutschland ihren Schwung behält.

Damit Vollbeschäftigung tatsächlich erreicht wird, gilt es, mit einer Agenda 2020 noch einiges zu leisten⁶ Die Arbeitsmarktpolitik muss somit darauf fokussiert werden, Ältere so gut wie Jüngere, Frauen so gut wie Männer und Menschen mit Migrationshintergrund so gut wie Menschen ohne Migrationshintergrund in das Erwerbsleben zu integrieren. Gelingt das, dann gelingt nicht nur Vollbeschäftigung. Dann verliert auch der Fachkräftemangel seine Grundlage. Denn gerade unter den heute noch Arbeitslosen, oder nur teilweise oder nicht ihren Möglichkeiten, Fähigkeiten und Erwartungen entsprechend Beschäftigten finden sich ungenutzte Potenziale, die drohende Lücken schließen können.

Im Einzelnen müsste eine Agenda 2020 folgende Reformschritte gehen:

- 1) Erstens gilt es, die Einstellungschancen Älterer zu verbessern. Für die hohe Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer gibt es verschiedene Gründe: Einer besteht darin, dass Ältere höhere Löhne erwarten, ohne dass sie wirklich leistungsfähiger als Jüngere sind. Besser wäre es, die Entlohnung grundsätzlich nach dem Leistungs- und nicht nach dem Senioritätsprinzip festzulegen.

Um die Einstellungschancen von älteren Arbeitnehmern zu erhöhen, sollten die Tarifpartner im Sinne eines „Förderns und Forderns“ eine mehrstufige, berufs begleitende Weiterqualifizierung anbieten und deren Nachfrage verlangen. Tarifpartner und Staat müssten gemeinsam für ein flächendeckendes Netz von Senioren-Hochschulen sorgen.

Schließlich sollte die Politik älteren Arbeitnehmern nicht durch gut gemeinte Privilegien den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren, wie beispielsweise durch die von der Großen Koalition 2008 wieder auf zwei Jahre verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für Arbeitslose über 55-Jahren. Je länger gerade Ältere dem Arbeitsmarkt fern bleiben, umso schwieriger wird ein Wiedereinstieg.

- 2) Zweitens müssen die Chancen für gering Qualifizierte weiter verbessert werden. Gering Qualifizierte haben es besonders schwer mit dem dynamischen Tempo des Strukturwandels mithalten zu können. Ihr Beitrag zum Ergebnis einer Firma, rechtfertigt aus der Sicht der Arbeitgeber oftmals nur Löhne, die unterhalb dessen liegen, was die Gesellschaft als sozial akzeptable Einkommensuntergrenze empfindet. Somit liegt auf der Hand, was zu tun ist: es muss alles getan werden, um gering Qualifizierte produktiver und motivierter zu machen. Da hat sich in den

⁶ Vgl. dazu auch Bräuninger et al. (2013), S. 16–18.

letzten Jahren auch dank vieler „kleinschwelliger“ (Weiter-)Bildungsangebote vieles verbessert.

Um die Problematik sozial als zu tief empfundenen Einkommen zu umgehen, fordern Teile der Politik Mindestlöhne. Diese würden aber nur in einigen Fällen tatsächlich zu einer besseren Entlohnung der gering qualifizierten Beschäftigten führen. In weiten Teilen würden Mindestlöhne die Beschäftigung der gering Qualifizierten verhindern und damit das Problem der Arbeitslosigkeit vergrößern.⁷

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn hilft eben gerade nicht denjenigen, denen zu recht geholfen werden soll, nämlich den gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen, den Alleinerziehenden oder den Älteren. Er macht die Beschäftigung gering qualifizierter Mitarbeiter teurer. Demgegenüber sind niedrige Löhne für Langzeitarbeit eine Chance für einen (Wieder-)Einstieg in die Arbeit.

Klüger ist es deshalb, niedrige Löhne zu akzeptieren, sie aber durch staatliche Zuschüsse zu ergänzen (Kombilohn). Die Zuschüsse müssen so gestaltet sein, dass das Gesamteinkommen steigt, wenn der Lohn zunimmt. So haben die Beschäftigten ein Interesse an höheren Löhnen und es ist nicht möglich, dass die Arbeitgeber den Lohn auf Kosten der Allgemeinheit nach unten drücken.

Dazu gehört es auch, die Abgabenbelastung im Niedriglohnsektor zu senken. Noch immer klafft eine Lücke zwischen Brutto-Arbeitskosten und Nettolöhnen. Die muss geschlossen werden. Das schafft Arbeitsplätze und verringert weiter das Armutsrisiko – ganz besonders jenes der gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen, für Alleinerziehende und für Ältere. Denn der Mindestlohn ist kein geeignetes Mittel zur Armutsbekämpfung. Im Gegenteil: Er ist eine Bedrohung, weil er viele Menschen ihres größten Vermögens beraubt: nämlich der Chance, ihre Arbeitskraft für einen Lohn einzusetzen.

- 3) Drittens bleibt die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie unverändert ganz oben auf einer Agenda 2020. Vor allem alleinerziehende Frauen müssen im Fokus stehen, weil sie ganz besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Sie sind die großen Verlierer der letzten Jahre. Sie sind häufiger und vor allem deutlich länger ohne Beschäftigung – und das oft obwohl sie relativ gute bis sogar sehr gute Qualifikationen haben. Es ist in

⁷ In Deutschland ist eine stark ideologisch geführte Diskussion um Mindestlöhne entbrannt (vgl. dazu die Übersicht in IAB 2012). Dabei ist die entscheidende Frage, auf welcher Höhe denn letztlich der Mindestlohn festgelegt werden sollte. Und klar ist, dass bei einem sehr tiefen (hohen) Mindestlohn seine Schutzfunktion und damit auch die ökonomischen Folgewirkungen schwach (stark) wären. Nicht wirklich überzeugt dabei, empirisch bis anhin bei branchenspezifischen Mindestlöhnen nicht feststellbare Effekte als Argument für einen allgemeinen Mindestlohn zu verwenden. Denn die Beschäftigungserfolge der letzten Jahren sind nicht wegen, sondern trotz branchenspezifischer Mindestlöhnen möglich geworden.

jeder Beziehung eine Verschwendung, wenn kluge Frauen ihrer Kinder wegen ohne Arbeit bleiben. Der Wirtschaft entgehen die so dringend gesuchten Fachkräfte. Die Betroffenen müssen ohnmächtig zusehen, wie ihre immensen Fähigkeiten ungenutzt bleiben. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch ein ganztägiges Angebot an Kinderbetreuung, aber auch durch vermehrte zeitlich wie räumlich flexible Teilzeitstellen ist deshalb ein Muss.

Das Totschlagargument der „prekären“ oder „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse zieht hier nicht (mehr). Wer maßt sich denn an festzulegen, was ein typischer oder ein atypischer Arbeitsplatz ist? Die neue Normalität am Arbeitsmarkt zeigt, dass Teilzeit oder Zeitarbeit sehr oft sehr gut in die Lebensplanung junger Eltern oder älterer Fachkräfte passt, die so eher neue Dinge ausprobieren können. Und für viele Menschen sind die sogenannten atypischen Beschäftigungsformen die beste Chance in den Beruf zurück zu kehren.

Des Weiteren bedarf es einer Qualifikationsoffensive für gering qualifizierte Alleinerziehende, insbesondere jener, die Arbeitslosengeld II beziehen. Diese Personen werden den Drehtüreffekt aus Hilfebedürftigkeit, Übergang in prekäre Beschäftigung und Rückfall in erneute Hilfebedürftigkeit nur durch höhere Bildungsabschlüsse und dadurch verbesserte Beschäftigungsoptionen überwinden können.

- 4) Viertens entsteht neue Arbeit oft dort, wo es schon bisher viel Arbeit gibt. Ein weiterer Beschäftigungsaufbau dürfte somit insbesondere in jenen Regionen stattfinden, in denen die Arbeitslosigkeit schon heute gering ist. Das bedeutet aber auch, dass es andere Regionen geben wird, die bei neuen Jobs zurückbleiben werden. Diese Regionen weisen häufig eine periphere Lage auf, haben eine ungünstige Branchenstruktur, ein niedriges Produktivitätsniveau und leiden unter der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Diese Regionen werden auch künftig für Unternehmen keine attraktiven Standorte darstellen. Dort werden auch wirtschaftspolitische Maßnahmen kaum in der Lage sein, eine solche Entwicklung zu verhindern. Wegen des Fachkräftemangels in prosperierenden Regionen wird es für die dort angesiedelten Unternehmen wichtig, Arbeitskräfte aus anderen Regionen anzuwerben und deren Mobilitätsbereitschaft aktiv zu fördern. Dies sollte nicht durch staatliche Maßnahmen der Regionalförderung oder der Arbeitsmarktpolitik konterkariert werden. In den strukturschwachen Regionen werden insbesondere Ältere und Personen verbleiben, die nicht mehr arbeiten. Diese profitieren zwar von niedrigen Mieten und Immobilienpreisen, aber den Städten und Gemeinden stehen für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern kaum noch Mittel zur Verfügung. Deshalb muss die regionale Konzentration von

Wertschöpfung und Beschäftigung durch regionalpolitische Maßnahmen begleitet werden.

- 5) Fünftens wird es Vollbeschäftigung nachhaltig nur dann geben, wenn das (Aus-)Bildungssystem ständig weiterentwickelt und den geänderten Anforderungen einer modernen Arbeitswelt angepasst wird. Das ist keine Einmal-, sondern eine Daueraufgabe. Und es geht um beide: die Langzeitarbeitslosen wie die Fachkräfte. So erhöhen Investitionen in Sach- und Humankapital die Kapitalintensität und damit die Arbeitsproduktivität – auch der gering Qualifizierten. Darüber hinaus ergänzen sich qualifizierte und gering qualifizierte Arbeit in weiten Teilen. Und letztlich entsteht durch steigende Beschäftigung und steigendes Einkommen von qualifizierten Arbeitskräften zusätzliche Nachfrage nach einfachen Konsumgütern aber auch nach haushaltsnahen Dienstleistungen, wie Reinigung, Pflege, Gartenarbeiten und Instandhaltungsarbeiten, die auch von geringer Qualifizierten angeboten werden können. Deshalb sollte eine Politik der Vollbeschäftigung nicht nur einseitig, sondern mehrseitig sein. Sie soll die Schwachen stärken, ohne zu vernachlässigen, dass sie dafür der Starken und deren Stärken bedarf.

Bräuninger, M.; Michaelis, J.; Sode, M. (2013): 10 Jahre Hartz-Reformen, HWWI Policy Paper 73, Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) (2013): Chancen, aber auch Risiken für Aufschwung in Deutschland, Pressemitteilung vom 07. März 2013, Hamburg.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2012): Sonderheft des Journal for Labour Market Research, Vol. 45, No. 3/4.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2013a): Arbeitsvolumen 2012 leicht gestiegen, Presseinformation vom 7. März 2013, Nürnberg.

*Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2013b): Infoplattform „Agenda 2010 – 10 Jahre Arbeitsmarktreformen“,
http://infosys.iab.de/infoplattform/dokSelect.asp?pkyDokSelect=128&title=Agenda_2010_-_10_Jahre_Arbeitsmarktreformen&show=Lit&sortLit=2, 08.03.2013.*

Straubhaar, T.; Bräuninger, M. (2011): Wege zur Vollbeschäftigung, INSM Texte zur Sozialen Marktwirtschaft, Nr. 7, Berlin.

HWWI Policy Papers

seit 2012

- 73 *10 Jahre Hartz-Reformen*
Michael Bräuninger, Jochen Michaelis, Madlen Sode
März 2013
- 72 *Öffentlicher und intermediärer Kultursektor in Deutschland – eine quantitative Analyse der bewegten Finanzmittel und der Erwerbstätigkeit*
Dörte Nitt-Drießelmann
November 2012
- 71 *Cloud Computing als Instrument für effiziente IT-Lösungen*
Michael Bräuninger, Justus Haucap, Katharina Stepping, Torben Stühmeier
September 2012
- 70 *Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion*
Lars P. Feld
August 2011
- 69 *Perspektiven Russlands in der Welthandelsorganisation (WTO)*
Georg Koopmann
Mai 2012
- 68 *Kultur- und Kreativwirtschaft in Hamburg: privat er, öffentlicher und intermediärer Sektor in Zahlen*
Dörte Nitt-Drießelmann, Silvia Stiller, Jan Wedemeier
Oktober 2012
- 67 *Liberalisierungspotenziale bei der Entsorgung gebrauchter Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton*
Friso Schlitte, Sven Schulze, Thomas Straubhaar
Mai 2012
- 66 *Erneuerbare Energien als Hoffnungsträger*
Michael Bräuninger, Lars Wenzel, Eckhardt Wohlers
April 2012
- 65 *Strategien der Internationalisierung von KMU*
Gunnar Geyer, Amrisha Urip
Mai 2012
- 64 *Auswirkungen der Abfallgesetzgebung auf das Abfallaufkommen und die Behandlungskapazitäten bis 2020*
Sven Schulze, Friso Schlitte
März 2012

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI) ist eine unabhängige Beratungs- und Forschungseinrichtung, die wirtschaftspolitisch relevante ökonomische und sozio-ökonomische Trends analysiert.

Für seine praxisnahe Beratung stützt sich das HWWI auf Grundlagenforschung und methodische Expertise. Auftrag- und Projektgeber des HWWI sind Unternehmen, Verbände, Ministerien, die EU-Kommission, Stiftungen und Einrichtungen der Forschungsförderung. Darüber hinaus engagiert sich das Institut in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre sowie in der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das HWWI mit Zweigniederlassungen in Bremen und Erfurt präsent.

Die Themenfelder des HWWI sind:

- Konjunktur und globale Märkte
- Regionalökonomie und Stadtentwicklung
- Sektoraler Wandel: Maritime Wirtschaft und Luftfahrt (HWWI in Bremen)
- Ordnungsökonomik und institutioneller Wandel (HWWI in Erfurt)
- Energie und Rohstoffmärkte
- Umwelt und Klima
- Demografie, Migration und Integration
- Erwerbstätigkeit und Familie
- Gesundheits- und Sportökonomik
- Familienunternehmen
- Immobilien- und Vermögensmärkte.

Das HWWI hat die private Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH. Gesellschafter des Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Die HWWI gGmbH hat in Zusammenarbeit mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis etabliert. Alle im Rahmen der Forschung der HWWI gGmbH in Anspruch genommenen Finanzierungsquellen, Infrastruktureinrichtungen und sonstigen externen Unterstützungen sind auf unserer Website dokumentiert. Die Studie wurde im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM) erstellt.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org